

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Johannisplatz 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anlage 15,250.
Abonnementpreis viertel 4 1/2, halbjährlich 8, inl. Fringerlösn 5 Wk.
durch die Post bezogen 6 Wk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belagerungspl. 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbeförderung 36 Wk.
mit Postbeförderung 45 Wk.
Inserat 6 gesp. Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichniss — Tabellenlicher
Satz nach höherem Tarif.
Anzeigen unter dem Redactionsschild
die Spalte 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung prosumtando
oder durch Postorlauf.

№ 24.

Donnerstag den 24. Januar 1878.

72. Jahrgang.

Leipzig, 23. Januar.

Wunderbar sind die Wege der Weltgeschichte. Große glänzende Mittelpunkte drückt sie bis zur Unkennbarkeit zusammen, zerstreut sie, schleudert sie in die Tiefe der Vergessenheit, und kleine, entlegene Orte hebt sie aus ihrem Versteck hervor und trägt sie hinaus in die Regionen allgemeiner geschichtlicher Bedeutung. Den Bewohnern der kleinen Balkanstadt Resanly am Ausgange des Schiffsapasses ist es nicht an der Wiege vorgegangen worden, daß ihr Ort berufen sei, der Sitz eines so einschneidenden und weittragenden Ereignisses zu werden, wie es die gegenwärtigen Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen sind, daß dort einmal, wie dies jetzt der Fall ist, gewürfelt werden würde über den oder Nichtsein der europäischen Türkei, über die Zukunft des Orients. Alles Augen sind nach jenem Orte gerichtet, und mit Spannung horcht ganz Europa den ersten Nachrichten über die russischen Friedensbedingungen entgegen, über die noch immer nichts Sicheres bekannt ist. Diese Spannung ist sehr natürlich; denn die allererste Vorbereitung für ein baldiges Zustandekommen des Friedens ist ja die Verständigung zwischen den beiden Kriegführenden, und zunächst hängt Alles davon ab, ob sich die Partei hinlänglich von dem Verursacher ihrer Gefährdung, „den ihres Nichts durchbohrenden Gefühle“ durchdrungen hat, und ob andererseits der Sieger Selbsterkenntnis genug besitzt, nicht allzu hart und herrlich aufzutreten, den Bögen nicht allzu kraff zu spannen. In der Beantwortung dieser Fragen sind wir nur auf Vermutungen angewiesen, die wir der kriegerischen und diplomatischen Lage entnehmen, und da glauben wir denn, daß die eiserne Logik der Thatfachen einer raschen Verständigung das Wort redet. Die Türkei liegt am Boden. Die Spitzen des russischen Heeres haben in diesem Augenblicke wohl schon über Adrianopel hinaus den Vormarsch auf Konstantinopel angetreten. Und mögen nun die Russen die Hauptstadt des osmanischen Reiches vorübergehend besetzen oder nicht, mögen sie von der Erlaubnis Oesterreichs Gebrauch machen oder dem füllen und halbden Diktatursprache Englands Gehör schenken, mögen Sultan's versprengte Heeresstrüme sich von der Hafenstadt Kavala aus zu Schiff über die Ägäische Meer nach Gallipoli retten oder fern von der bebrängten Hauptstadt seden bleiben — alles Das kann die Lage der Türkei weder erheblich bessern, noch erheblich verschlimmern; sie ist und bleibt militärisch vernichtet. Sie wird also mit vollen Händen geben müssen, was sie auch nicht in der Gebelanne sein. Andererseits aber ist dafür gesorgt, daß die Bäume Rußlands nicht in den Himmel wachsen. Dieselbe ist nicht allein in Europa, und die orientalische Frage ist nicht bloß eine russisch-türkische, sondern eine europäische Frage. Der Pariser Friede, der nach dem Krimkrieg unter der Regide Napoleon's III. Rußland in unnatürlicher Hesseu schlug und in den letzteren schon 1871 einen rächtigen Kri machte, wird durch den jetzigen Krieg gänzlich hinfällig werden. Vorläufig besteht er aber noch, und er kann nur unter der Zustimmung sämtlicher Vertragsmächte beseitigt werden. Dies gilt namentlich von der Oeffnung der Dardanellen und der freien Ausfahrt ins Mittelmeer, die Rußland als eine Haupttrophäe aus dem jetzigen Kampfe davontragen will. Die Regelung dieser Frage, sowie die Neugestaltung der Verhältnisse in den Donau- und Balkanländern kann Rußland, wie es sehr wohl weiß, mit der Türkei nur vorläufig abmachen. Sie bedürfen der Zustimmung der übrigen beteiligten Mächte, die das Willige gewähren werden, mit denen Rußland aber in schwere Konflikte kommen könnte, wenn es Ungebürliches fordern würde. Mit Rücksicht auf diese anderen Mächte wird es also seine Forderungen schon jetzt so einzurichten haben, daß sie die Billigung derselben, namentlich Englands und Oesterreichs, finden. Denn kriegerische Verwickelungen mit diesen Staaten könnten es leicht um die sichere Beute bringen, die es jetzt in Güte und unter ausdrücklicher Besiegung Europas erreichen kann. Man nimmt gern mit Weniger vorlieb, wenn das Mehr unsicher ist, und auch Rußland wird den Sperling in der Hand zu schätzen wissen, hatt nach zehn anderen zu jagen, die noch auf dem Dache sitzen.

freundlicher Seite kommt und weil wir es für richtig halten, auch abweichende Ansichten in solchen Fragen zu Worte kommen zu lassen. Was in dem Artikel in Bezug auf Ordnung der Finanz-, Zoll- und Handelsfragen zugestanden wird, genügt vielleicht zunächst als eine Grundlage der Verständigung für die verbündeten Regierungen. — Unser „Mitteldeutscher“ constatirt in der Einleitung nicht ohne Selbstgefühl, daß seine früheren Betrachtungen über dieses Thema den Nutzen gehabt, die nebelhaften Murrisse, in welche bis dahin die angeblich zwischen dem Reichskanzler und Herrn v. Bennigsen verabredeten Grundzüge einer Reorganisation der Reichsverwaltung gehüllt waren, einigermaßen aufzuklären (?). Verschiedene, aufscheinend von dem Inhalte jener Verhandlungen unterrichtete Blätter hätten die Voraussetzungen, von denen bei obigen Betrachtungen ausgegangen wurde, dahin berichtet, daß keine Realisation der obersten Reichsämter mit den preussischen Ressortministerien, sondern nur eine Personation derselben beabsichtigt werde. Dierüchst solle aber auch vorläufig von der Ernennung eines selbstverantwortlichen Vicekanzlers abgesehen werden. Die „National-Zeitung“ spreche in einem Leitartikel vom 15. Januar offen aus, daß man befürchte, die Zustimmung der verbündeten Regierungen zu einer Aenderung der Reichsverfassung, welche in diesem Falle unumgänglich sei, nicht zu erlangen und empfehle deshalb, zunächst ohne Rücksicht auf die Ansichten der übrigen Regierungen eine vollendete Thatsache durch Ernennung preussischer Staatsminister zu Vorständen der obersten Reichsämter zu schaffen. Dagegen bemerkt nun die „Mitteldeutsche“: „Wir denken in der That zu hoch vom Fürsten Bismarck, als daß er auch nur vorübergehend den Gedanken hegt haben könnte, dem deutschen Kaiser eine Maßregel vorzuschlagen, deren Ausführung ohne vorgängige Verständigung mit den übrigen deutschen Regierungen dieselben auf das Tiefste verletzen und alles Vertrauen auf Einhaltung der Bundesrechte auf lange Zeit untergraben müßte.“ — Werthvoll wäre es gewiß, wenn die beabsichtigte Reorganisation unter dem Beifall aller Bundesregierungen möglichst gründlich durchgeführt würde. Doch da das nicht kann sein, da zu befürchten steht, daß die Mittelstaaten von ihrem Veto Gebrauch machen werden, so werden wir uns mit den allerdingstgeschehen Aenderungen begnügen und einem etwa doch noch zu gewärtigen Widerspruch der Mittelstaaten dadurch die Spitze abbrechen müssen, daß wir denselben gar nicht herausfordern. Das ist, wenn wir recht verstanden haben, der Kern der Ausführungen in der „Nat.-Ztg.“, namentlich aus des (dem Abg. Vallerer zugeschriebenen) Artikel: „Gegenzeichnung und Verantwortlichkeit“, der darthut, daß es zu der beabsichtigten Reorganisation nicht der Verfassungänderung, sondern nur einer einfachen Staatsbewilligung bedürfe. — Erreulich ist es wenigstens, daß selbst der „Mitteldeutsche“ nicht umhin kann, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Leitung der Reichsfinanzen dem preussischen Finanzminister übertragen werde, indem er sagt:

Bergegenwärtigen wir uns den Kreis der Geschäfte, welche dem preussischen Finanzminister als solchem und als Vorstand des Reichs-Finanzamtes obliegen würden, so ergibt sich ungefahr folgendes Bild: Es würde ihm zufallen: die Oberleitung des Etat-Cassen- und Schuldenwesens im Reich, wie in Preußen, die Leitung der auf den Geldumlauf im Reich bezüglichen Angelegenheiten (Münz- und Bankwesen), die Vorbereitung gesetzgeberischer Maßregeln auf dem Gebiete der in Artikel 35 der Reichsverfassung bezeichneten gemeinsamen Ausgaben und deren Ausführung, soweit sie nicht dem Bundesrathe vorbehalten ist, insgleichen die dem Kaiser nach Artikel 17 der Reichsverfassung zufallende Ueberwachung der Ausführung der Reichsgesetze im Bereiche des Finanzwesens. Als preussischem Finanzminister würde ihm die Verwaltung der gemeinsamen Ausgaben innerhalb Preußens für Rechnung des Reichs, sowie ferner die Verwaltung der Landessteuern obliegen. Ob die Verwaltung der preussischen Forsten und Domänen einem anderen Ministerium überwiesen wird, wie hier und da angedeutet wurde, ist für die nicht preussischen Staaten nur insoweit von Interesse, als dadurch der Vorstand des Reichsfinanzamtes in seiner Geschäftstätigkeit etwas erleichtert werden würde und kann daher für uns außer Betracht bleiben. Fast man nun die obgezeichneten Geschäftszweige daraus in das Auge, ob dabei eine Collision der spezifisch preussischen Interessen mit denen der übrigen Bundesstaaten oder einzelner derselben sich ergeben könnte, so leuchtet zunächst ein, daß an der strengen Durchführung eines zweckmäßig geordneten Cassen- und Staatrechnungswesens und an einer soliden und sparsamen Finanzwirtschaft sämtliche Glieder des Reichs gleichmäßig interessirt sind. Die Mutherselbstigkeit der preussischen Einrichtungen und Verwaltungsgesetze auf diesem Gebiete ist allgemein anerkannt, nach preussischem Muster ist bereits das gesamte Rechnungswesen im Reich geordnet und auch eine Anzahl von anderen Staaten Deutschlands bilden ihr Staatrechnungsweisen mehr oder mehr im Anschluß an die Staatsprincipien des Reichs aus. Die verbündeten Staaten können daher in dieser Beziehung mit vollem Vertrauen die Leitung der be-

zeichneten Angelegenheiten einem preussischen Finanzminister überlassen.
Daß die Regelung des Geldverkehrs im Reich, die eigentliche Finanzpolitik, nur von einem Mittelpunkte aus zweckmäßig erfolgen kann, daß dieser Centralpunkt nach Lage der Verhältnisse Berlin bleiben muß, ist unbestreitbar. Es mögen unter diesem Verhältnisse die Interessen einzelner Geldinstitute und wohl auch einzelner Industrieller und Handeltreibender in wie auerhalb Preußens leiden; nachdem jedoch das Münz- und Bankwesen im ganzen Reich einheitlich geordnet, die Münzreform nahezu beendet und über die Verteilung der Münz-Ausprägungen unter die einzelnen Münzhütten feste Grundzüge aufgestellt worden sind, so hat Preußen Sonderinteressen auf diesem Gebiete nicht mehr zu verfolgen. Eben so wenig aber ist die preussische Regierung in der Lage, bei der Gesetzung hinsichtlich der Zölle und Verbrauchssteuern eigenartige Interessen geltend zu machen und sind namentlich die süddeutschen Staaten durch die Bündnis-Verträge wie die Reichsverfassung dagegen geschützt, daß ihnen wider ihren Willen die Branntweinsteuer nicht aufgedrängt, die für eigene Rechnung erhobene Biersteuer nicht entzogen werden kann. Es sind daher nur Berücksichtigungsmahregeln zu treffen, daß bei der Verwaltung der gemeinsamen Ausgaben und bei der nach Art. 36 dem Kaiser zulegenden Ueberwachung des gleichlichen Verfahrens allenthalben mit gleichem Maße gemessen werde. Weiden, wie wir voraussehen, die directen Steuern der Einzelstaaten für Staats-, Provinzial- und Communalzwecke ausschließlich vorbehalten, so ist auf diesem Felde die Möglichkeit eines Conflict zwischen dem Reich und den Einzelstaaten überhaupt ausgeschlossen. Entschließt man sich im Reich zur Einführung des Tabakmonopols, so wird zwar die Beaufsichtigung des Tabakbaues wie seither Landesbeamten übertragen werden können, die Tabakfabrikation dagegen wird bebuis der Durchführung der unentbehrlichen Einheit im Betriebe nicht bloß von einer Centralstelle geleitet, sondern auch unmittelbaren Reichsbeamten vorbehalten werden müssen. Es können bei deren Anstellung durch den preuß. Finanzminister vieleicht Bevorzugungen preussischer Landesbürger vorkommen; hiervon abgesehen aber ist es kaum denkbar, daß Preußen zum Nachtheil anderer Bundesstaaten materiel bevorzugt werde, zumal da dem Bundesrathe die Entscheidung bei der localen Verteilung der großen Fabrikationsanstalten verbleiben würde.
Daß auch ein preussischer Handelsminister als Vorstand des Reichs-Handelsamtes nicht fähig eine spezifisch preussische Handels- und Gewerdepolitik verfolgen kann, haben wir schon früher dargelegt. Differenzen zwischen ihm und der Regierung eines Einzelstaates über die Ausführung und die Handhabung von Reichsgesetzen, welche auf seinen Geschäftskreis sich beziehen, würden nach wie vor vom Bundesrathe zu entscheiden sein.
Das der „Mitteldeutsche“ schließlich noch gegen eine Stärkung des Reichseisenbahns- und Reichsjurizantes sagt, enthält nichts Neues und weist die wichtigen Fragen lediglich vom particularistischen Standpunkte aus ab, anstatt sie von dem des Reichs aus zu fördern.
Officiell wird geschrieben: In ihrer Sonntagsnummer entwirft die „Nationalzeitung“ in einem leitenden Artikel: „Gegenzeichnung und Verantwortung“ in dem Gedanken der Uebertragung eines Theils der bisher allein dem Kanzler zugewiesenen Verantwortung auf die Spitzen mehrerer der großen Reichsämter. Es würde damit eine weitere Entwicklung in doppelter Beziehung eintreten: einerseits würde dem Kanzler ohne Schwächung seiner leitenden Stellung die Möglichkeit einer Erleichterung und volle geschäftliche Vertretung gewährt, andererseits würde einem vom Reichstage wiederholt ausgesprochenen Wunsche auf weitere Ausbildung des Systems der Verantwortlichkeit im Reich entgegengekommen. Gutem Vernehmen nach ist nicht anzunehmen, daß eine solche Veränderung an den entscheidenden Stellen auf grundsätzlichen Widerspruch stoßen würde.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 23. Januar.

Zum Frieden zwischen den beiden liberalen Parteien mahnt die „Kiel. Ztg.“ (der Abg. Hänel?) mit folgenden sehr verständigen Worten:
Der Geist, in welchem diese Discussion in hervorragenden national-liberalen und fortschrittlichen Organen geführt wird, berechtigt zu der Hoffnung, daß tactische Fragen die liberalen Parteien nicht mehr verunreinigen werden, wo es sich um eins kluge und vortheilhafte Verfolgung der gemeinsamen Ziele handelt. Es ist schon hervorgehoben, daß wenn man nur das Interesse der liberalen Sache, welche diejenige des deutschen Bürgerthums in seiner Gesamtheit ist, in das Auge faßt, sich aus der gegebenen Situation die Notwendigkeit einer Wiederherstellung der früheren freundschaftlichen Beziehungen der beiden liberalen Fractionen ergibt, eine Nothwendigkeit, die genau so dringend ist für den Fall des Misslingens der Unterhandlungen zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Herrn von Bennigsen, als sie evident ist für den unerwünschten Fall des Scheiterns dieser Verhandlungen. Die Sprache der maßgebenden national-liberalen Blätter läßt erkennen, daß die einfachen Consequenzen der politischen Lage den national-liberalen Kreisen im Wesentlichen in dem-

selben Lichte erscheinen. Wir geben diese Stimmen zur Information unserer Leser wieder. Sie werden daraus, wie wir glauben, die Ansicht gewinnen, daß der Versuch zu einer Verständigung der in allen Hauptpunkten gleichartigen Elemente auf einem guten Wege ist. Die Presse beider liberalen Parteien darf diesmal wohl behaupten, daß sie diesen Weg vorgebahnt hat. Aufgabe der parlamentarischen Führer wird es jetzt sein, ihn zu beschreiten und weiter zu führen. Ohne Zweifel wird diese Bewegung von der Presse gefördert werden können und da es die „Kiel. Ztg.“ gewessen, welche den Anlaß zu der ganzen Erörterung der Frage gegeben, gestalten wir uns den Vorschlag, daß die Organe der national-liberalen und der Fortschrittspartei sich zunächst eine Art von Waffenruhe gegenseitig verabreden möchten, welche den Friedensschluß sehr wesentlich erleichtern würde. Wir denken natürlich nicht daran, eine Beschränkung der Polemik zu wünschen, wir wünschen nur, daß sie in Zukunft frei von Gereiztheit und gegenseitigen Anklagen bleibe, und in jenem Tone der Höflichkeit und Rücksicht geführt werde, welchen sich alle Freunde schulden. Geschieht das, so werden auch die tactischen Differenzen nicht mehr von so großer ergplobitender Gefahr sein.
Schon der neulich besprochene Vortrag Dühring's über Marx bewies, daß der Mann, welcher eine Zeit lang ohne Widerspruch von der Berliner Socialdemokratie auf den Schild erhoben wurde, doch über sociale Fragen erheblich anders denkt, als die Herren Rost und Consorten. Neuerdings hat nun Herr Dühring den Socialismus nach einer andern Richtung beleuchtet. In einem jüngst gehaltenen öffentlichen Vortrage sprach er den „Professoren-Socialismus“, unter welchem er die in neuerer Zeit sich geltend machenden Reste oder Ausläufer des sogenannten Katheder-Socialismus versteht. Es geschah dies zwar nicht ohne die Herrn Dühring eigene, nicht selten über das Ziel hinausgehende Schärfe, doch verdient es ausdrückliche Anerkennung, daß der Vortragende in diesem Falle die so nahe liegende Bejugnahme auf seine persönlichen Segner vermied, wodurch der Vortrag an strenger Sachlichkeit nur gewann. Als Hauptvertreter, als Typus des „Professoren-Socialismus“ gilt ihm Schaffle, der Expensor und Erminor conservativ-reactionärer Richtung. Schaffle's Buch über den Socialismus hat im Grunde eine antisocialistische Tendenz, fofertirt aber dabei mit der Socialdemokratie, indem es sich mit dem Scheine einer Sympathie für dieselbe umgibt. Schaffle giebt eine Darstellung des Socialismus, dessen Quintessenz er in der Marxschen Enteisungstheorie findet. Er citirt die Marxschen Sätze mit einem Schein von Billigung und entwickelt — was Marx und seine Leute wohlweislich unterlassen — die Consequenzen des Systems: kein Zins, keine Miethe, keine Pacht, also Wegfall alles dessen, was man Einkünftearten nennt, kein Handel, keine Börse; Alles bleibt der Universalvererbung des Marxschen Staates überlassen; schließlich Wegfall aller weltgeschichtlichen und natürlichen Unterschiede in der Organisation der Gesellschaft. Das Wunderbarste aber ist, daß dabei alle „idealen Güter“ gewahrt bleiben; man braucht nicht einmal zu fürchten, daß das allgemeine Wahlrecht eingeführt wird, die Kirche wird die Herzen beherrschen, kurz, es gestaltet sich Alles, wie Schaffle sagt, „höchst conservativ“. Ob dieses Zeugniß den Socialdemokraten geniem sein mag, ist fraglich; jedenfalls aber ist diese Verurkundung mit der politischen und kirchlichen Reaction höchst charakteristisch für den wahren Geist der socialdemokratischen Doctrin. Schaffle hält in seiner Schrift dem Marxschen Socialismus einen Spiegel vor, der ihm sein Antlitz so zeigt, daß er selbst davor erschrecken muß. Gleichwohl hat das Buch in der Socialdemokratie großen Anklang gefunden und das bis zur höchsten Vollkommenheit ausgebildete Colportagegeschäft dieser Partei ist ihm sehr zu Statten gekommen; ob übrigens der Verfasser, wie Dühring will, lediglich in Speculation auf diese Colportage sich den Schein der Sympathie für die Socialdemokratie gegeben, kann man nicht mit Sicherheit behaupten. Schaffle ist noch weiter gegangen, er hat dem neu begründeten Organe „der Staatssocialist“, gleich mehreren anderen Professoren, seine Mitarbeiterschaft zugesagt, das-gleichen einem Jüricher socialistischen Blatte. Dieser ganze „Staatssocialismus“, wie ihn Schaffle vertritt, ist weder frisch noch fleisch, er liebäugelt mit der Socialdemokratie, hat ihr aber immer wieder ein „wenn“ und ein „aber“ entgegenzusetzen. Er zeigt recht deutlich die heillose Begriffsverwirrung, welche in den socialistischen Kreisen herrscht, und kann nur dazu dienen, auf die socialdemokratische Agitation zerkend zu wirken. Immer breiter tritt dieser Staatssocialismus mit seiner reactionären und pietistischen Tendenz hervor und kann dadurch nur erreichen, daß einem Jeden über die wahren Ziele und Consequenzen der socialdemokratischen Doctrin die Augen aufgehen. Beachtenswerth waren die Bemerkungen über das Wesen eines wahren Socialismus, mit welchen der Vortragende seine Ausführungen schloß. Der echte Socialismus ist nicht die Sache einer Bevölkerungs-